

AKTUELLES aus der Gemeinde

Finanzabenteuer bei gemeindeeigenen Gesellschaften

Die Gemeinde gründete am 14. März 2006 zwei Gesellschaften (GmbHs), um die Aufgaben der Altenpflege in unserer Gemeinde zu übernehmen. Im Juli 2007 staunten die Gemeinderäte nicht schlecht, als ihnen die Zwischenbilanz der beiden Gesellschaften Ambulantes Senioreninformations- und Servicezentrum (ASS) und Wohnen am Schlossanger (WAS) vorgelegt wurden. Zum Stichtag 31.12.2006 waren Fehlbeträge von 220.000 € bei WAS und 35.000 € bei ASS aufgelaufen. Der Geschäftsführer beider GmbHs, Leonhard Greska, war nicht in der Lage die Zwischenbilanzen zu erläutern oder gar das Defizit zu erklären.

Wo liegen die Ursache für das Defizit von über 220.000 € bei WAS?

Frau Bgm. Mayer sieht die Ursache im Aufnahmestopp, der von der Heimaufsicht im Dezember 2006 ausgesprochen und im September 2007 aufgehoben wurde.

Um diesen Fehlbetrag aufzutürmen, hätte das Seniorenzentrum im Dezember 2006 komplett leer stehen müssen. Das Pflegeheim war aber sogar bis zum Dezember 2006 nahezu voll belegt. Der Aufnahmestopp wirkte sich erst 2007 aus, als das Defizit bereits entstanden war.

Die wahren Ursachen für das Defizit sind nach wie vor nicht geklärt.

Wusste die Bürgermeisterin von der finanziellen Fehlentwicklung?

Ja. Frau Bgm. Mayer war frühzeitig in die finanzielle Situation bei WAS eingeweiht. Wie sonst ist zu erklären, dass der Mietvertrag zwischen WAS und Gemeinde nicht bereits 2006 abgeschlossen wurde? WAS wurde damit um Mietkosten von monatlich 28.000 € entlastet.

Das alles reichte jedoch nicht aus. Die Bürgermeisterin griff WAS daher mit einem Kredit von 50.000 € unter die Arme. Da dafür keine Haushaltsmittel vorgesehen waren, wurden von ihr kurzerhand die für ASS reservierten Mittel zweckentfremdet.

Fortsetzung auf Seite 2

S-Bahn-Unterführung für Fußgänger und Radfahrer

Kurzfristige Machbarkeit statt zukunftsorientierter Planung

Der Gemeinderat beschloß am 23. August 2007 die neue S-Bahn-Unterführung für Fußgänger und Radfahrer nicht wie ursprünglich geplant, im Bereich des neuen Baugebiets der Bayerischen Hausbau „Gartenpark“, sondern weiter südlich zu errichten. Die UB stimmten zusammen mit SPD und Grünen für die nördliche Variante – mit guten Gründen.

Vorteile der nördlichen Variante

- * Es wäre eine nördliche Verbindungsachse für Fußgänger und Radfahrer über Brotmannstraße, Am Mitterfeld und Ottobrunner Straße bis hin zum Sportplatz und der Jugendfreizeitstätte Bluebox möglich.
- * Die Unterführung wäre geradlinig, ohne rechtwinklige Kurven.

Diese Unterführung sahen auch die Konzepte des Arbeitskreises Ortsentwicklung und Mobilität vor, wie auch die Planungen für das neue Baugebiet der Bayerischen Hausbau.

Im Sommer 2007 wurden diese Konzepte plötzlich über den Haufen geworfen und die südliche Variante beschlossen.

Fortsetzung sowie Ortsplan mit der nördlichen und der südlichen Variante auf Seite 3

Folgende weitere Themen in dieser Ausgabe:

kurz gemeldet: Mit der Sportgaststätte geht es weiter	Seite 2
Gemeinderat stellt Weichen für ein Gymnasium	Seite 3
Förderung des Musikunterrichts	Seite 4
Neue Sitten beim Gemeindeblatt	Seite 4
CSU-Logik	Seite 4
Sonderbaulast Umgehungsstraße	Seite 5
Geheimnisverrat oder Geschwätzigkeit?	Seite 5
Wo bleibt unser Büchergeld?	Seite 5
Achtung Satire!!!	Seite 6



Finanzabenteurer bei gemeindeeigenen Gesellschaften

Fortsetzung von Seite 1

Warum wurde der Gemeinderat verspätet informiert?

Gezielt wurde eine Bewilligung der Mittel durch den Gemeinderat umgangen, denn dort wäre die Finanzmisere von WAS aufgefliegen. Erst als die UBs bei den Haushaltsberatungen nachfragten und hartnäckig auf die Notwendigkeit hinwiesen, dass die Bilanzen der gemeindeeigenen Betriebe als Anlage dem Haushalt hinzugefügt werden müssen, kam alles Stück für Stück und über mehrere Monate verteilt ans Licht.

Die frühzeitige Sanierung der Finanzsituation bei WAS wurde so von Frau Bgm. Mayer vereitelt. Es ist zu erwarten, dass im weiteren Geschäftsverlauf weitere Defizite aufgelaufen sind.

Wie darf eine Sanierung nicht aussehen?

Noch vor einer Analyse der Ursachen will die CSU, dass das Defizit von der Gemeinde übernommen wird. Die Begründung von Frau Bgm. Mayer: Für Kindergärten geben wir ja auch viel Geld aus und die Senioren sollen uns das wert sein. Das ist aber kein Lösungsansatz, sondern Vergeudung öffentlicher Gelder durch Misswirtschaft.

Wie müsste eine Sanierung der Gesellschaft ausschaun?

Richtig wäre dieses Vorgehen: Unter Einbindung aller Beteiligten (Bewohner, Beschäftigte, Gemeindeverwaltung und Gemeinderat) sollte folgendes geschehen:

- * Analyse der aktuellen Finanzsituation sowie umgehende Sicherung von Ansprüchen auch gegen den derzeitigen Geschäftsführer und PIK (siehe Kasten).
- * Verschiedene Leistungen in der Pflege (z.B. zusätzliches Pflegepersonal, Beschäftigungstherapie, Informationsveranstaltungen) übernehmen die Pflegekassen nicht. Die Gemeinde möchte solche Leistungen den Bewohnern zukommen lassen, jedoch ohne diese mit Kosten zu belasten. Solche Leistungen sollten gesondert ausgewiesen werden.
- * Ebenfalls sollten die Zuschüsse zur Verpflegung ausgewiesen werden, um auch weiterhin die hervorragende Qualität der Speisen durch frische Zubereitung im Seniorenzentrum zu gewährleisten.
- * Anpassung aller Bestandteile des Heimentgeltes (Pflege/Miete/Verpflegung) an die verbleibenden Kosten. Bisher müssen die Bewohner zu viel Miete zahlen und subventionieren so Pflege und Verpflegung.

Die UBs forderten daher schon im August 2007 eine Sanierung von WAS durch einen neuen und erfahrenen Geschäftsführer.

Wie geht's weiter?

Seit Geschäftsjahresende von WAS am 30. Juni 2007 sind nun über vier Monate vergangen, aber es gibt immer noch keine sachliche begründete Analyse des Defizits, worauf sich ein nachhaltiges Sanierungskonzept aufbauen lässt. Offensichtlich verfolgt Frau Bgm. Mayer eine Vogel-Strauß-Politik. Als Vertreterin der Gemeinde bei WAS scheint sie nicht an der Sanierung interessiert zu sein.

Was ist ASS? Was ist WAS? Was ist PIK?

ASS: Das Ambulante Senioreninformations- und Servicezentrum (ASS) bietet Hilfestellung für alle alten Mitbürger, die zu Hause wohnen bleiben wollen. Dabei sollen nicht nur Hilfestellungen bei der typischen ambulanten Grund- und Behandlungspflege angeboten, sondern auch hauswirtschaftliche Hilfen, Essen auf Rädern, Transport- und Besorgungsdienste sowie Verwaltungshilfen organisiert werden. Um diese umfangreichen Aufgaben zu finanzieren, stellte die Gemeinde 50.000€ bereit.

WAS: Wohnen am Schlossanger (WAS) betreibt das Pflegeheim mit 72 Plätzen, in dem Pflegebedürftige aller Pflegestufen Aufnahme finden. Finanziert wird das Pflegeheim durch die Pflegesätze, die von den Bewohnern erbracht werden.

PIK: Privates Institut für Krankenhaus Management (PIK). Diese private Gesellschaft organisiert über einen Geschäftsbesorgungsvertrag den Pflegebetrieb von WAS.



Leo Greska: Ein Mann – drei Funktionen

Bemerkenswert ist, dass für ASS, WAS und PIK mit Herrn Greska derselbe Geschäftsführer verantwortlich zeichnet. Die ureigenste Aufgabe eines Geschäftsführers ist die Überwachung der Geschäftstätigkeit. Damit muss der Geschäftsführer von WAS unter anderem darauf achten, dass die bei PIK bestellten Leistungen auch richtig erbracht werden. Herr Greska kontrolliert sich also selbst. Gleichzeitig ist er auch verpflichtet, den Gesellschafter – die Gemeinde – über die Geschäftssituation zu informieren und finanziellen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Bis Herbst 2007 war Leo Greska in einer vierten Funktion auch noch Heimleiter von WAS.

kurz gemeldet

Mit der Sportgaststätte geht es weiter

Anfang des Jahres sah es noch ganz anders aus: Nach der Kündigung des letzten Pächters der Sportgaststätte überlegten einzelne Gemeinderatsmitglieder schon, das Höhenkirchner Sportheim komplett abzureißen und neuzubauen.

Besonnene Kräfte, darunter die UB, setzten sich aber durch: Das Sportheim bleibt erhalten, die notwendigen Sanierungsmaßnahmen werden durchgeführt und der Gaststättenbetrieb weitergeführt. Das bisherige Konzept einer Sportgaststätte wurde verworfen, der künftige Pächter soll in erster Linie ein wirtschaftlich tragfähiges Gastronomiekonzept umsetzen. Er wird griechische und bürgerliche Küche anbieten und auch den schönen Biergarten wieder in Betrieb nehmen.

Damit sind jedoch weiterführende Überlegungen nicht beendet. Das gesamte Sport- und Freizeitgelände bedarf der Überplanung. Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Sportlern zukunftsfähige Lösungen zu finden.

S-Bahn-Unterführung für Fußgänger und Radfahrer

Fortsetzung von Seite 1

Nachteile der südlichen Lösung

- ✱ Mit zwei rechtwinkligen Kurven im Unterführungsbereich ist die Verkehrsführung unbefriedigend und unfallträchtig. Erfahrungsgemäß werden solche Lösungen von den Bürgern schlecht angenommen.
- ✱ Die neue Unterführung ist an die innerörtlichen Verbindungen weder auf Siegertsbrunner noch auf Höhenkirchner Seite gut angebunden. Man wird zu Umwegen gezwungen.
- ✱ Die auf die Unterführung hin konzipierte große Hauptachse des neuen Baugebiets, die Straße „Am Mitterfeld“ endet nun an der S-Bahn. Zwei Jahre intensiver Planungsarbeit im Gemeinderat waren umsonst.

Warum stimmte die Gemeinderatsmehrheit gegen die sinnvollere Planung?

Angeblich deshalb, weil sich die notwendigen Flächen östlich der S-Bahn noch nicht im Besitz der Gemeinde befinden. Gegenfrage: Warum hat Frau Bgm. Mayer die letzten drei Jahre keine Erwerbsverhandlungen geführt?

Um doch noch bis zur Wahl eine Unterführung zu präsentieren, entschied sich die CSU/AFW-Fraktion für die schlechtere Südvariante. Kurzfristige Machbarkeit tritt so anstelle zukunftsorientierter Planung.



Karte mit freundlicher Genehmigung von www.stadtplan.de

Gemeinderat stellt Weichen für ein Gymnasium

Den Bedarf für ein neues Gymnasium in Höhenkirchen-Siegertsbrunn hatte im Sommer 2006 eine vom Gemeinderat in Auftrag gegebene Schülerprognose erwiesen. Mit einem einstimmigen Grundsatzbeschluss brachte der Gemeinderat dann am 19. Dezember 2006 das Gymnasium auf den Weg. Am 8. November 2007 beschloß er einen entsprechenden Bebauungsplan aufzustellen. Es soll östlich des S-Bahnhofs gebaut werden (siehe Skizze auf dem Ortsplan). Voraussichtlich 2010 soll das Gymnasium fertig sein.

Ein Chance für die Gemeinde

Das Gymnasium stärkt die Funktion der Gemeinde als familienfreundliches Kleinzentrum. Eltern und Schüler profitieren von einem breiteren Schulangebot und von kürzeren Schulwegen. Gleichzeitig entlastet das Gymnasium die überfüllten anderen beiden Gymnasien im südöstlichen Landkreis München.

Zur Finanzierung

Den Bau des Gymnasiums übernimmt der Zweckverband „Staatliche weiterführende Schulen im Südosten des Landkreises München“. Diesem gehören neben Höhenkirchen-Siegertsbrunn auch die Gemeinden Aying, Brunnthal, Hohenbrunn, Ottobrunn, Neubiberg und Putzbrunn an.

Die Baukosten von voraussichtlich 23 Mio € übernehmen teilweise der Freistaat Bayern und der Landkreis München. Den Rest tragen die Zweckverbandsgemeinden entsprechend der zu erwartenden Schülerzahlen. Unsere Gemeinde erhält mit rund 6 Mio € den größten Brocken und muß außerdem auf eigene Kosten ein Grundstück bereitstellen. Insgesamt kommt auf Höhenkirchen-Siegertsbrunn eine Belastung von ca. 8-10 Mio € zu.

Haupt- und Realschüler nicht vergessen!

Bei aller Freude über das neue Gymnasium dürfen die anderen Schularten nicht vergessen werden: Nachdem der Fortbestand der Höhenkirchner Hauptschule durch ein Ganztagschulprojekt gesichert ist, stellt sich die Frage, ob im Münchner Südosten mittelfristig nicht auch eine weitere Realschule nötig wäre.

Förderung des Musikunterrichts

Das vom Gemeinderat am 4. Mai 2005 mit Stimmen der CSU/AFW beschlossene neue Modell für die Förderung des Musikunterrichts war nicht unumstritten. Es handelte sich um ein Pilotprojekt, das nochmals nach zwei Jahren geprüft werden sollte. Im Herbst 2007 konnte nun Bilanz gezogen werden.

Das Modell

Das gegenwärtige Modell ist relativ einfach: Gefördert werden alle Schüler unter 18 Jahren, die eine Rechnung mit Steuernummer vorlegen können. Die Förderung orientiert sich an der Zahl der gehaltenen Stunden, wobei für maximal 40 Jahreswochenstunden (eine Unterrichtseinheit = 45 min) ein Zuschuß von mindestens 160, aber maximal 320 € (höchstens 45 % des Gesamtbetrags) gezahlt wird. Sonderregelungen bestehen für die musikalische Früherziehung und Ensemblespiel.

Die Bilanz

- * In beiden Jahren wurde die Fördersumme (80.000 €) nicht vollständig abgerufen, 2006/07 blieben rund 18.000 € übrig.
- * Bis 2004 profitierten rund 130 Kinder von der gemeindlichen Förderung des Musikunterrichts, 2006/07 waren es rund 290 Kinder (jeweils ohne Früherziehung und Ensemblespiel).
- * Die Gesamtzahl der Kinder, die ein Instrument erlernen, hat sich nicht erhöht: Ihre (schwer schätzbare) Zahl scheint bei rund 300-350 zu stagnieren.

Schwachstellen

- * Vorfinanzierung: Die Eltern müssen den Unterricht ein Jahr vorfinanzieren.
- * Altersgrenze: Kinder über 18 werden nicht gefördert, selbst wenn sie noch in Ausbildung sind.
- * Verlust des Staatszuschusses: Der staatliche Zuschuß an Musikschulen ist an den kommunalen gekoppelt. Da die Gemeinde sich aus ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Trägerschaft für die Musikschulen verabschiedet hat, verlieren diese (und letztlich auch die Eltern) die staatliche Förderung.

Abgelehnte Verbesserungspotentiale

Nach Ansicht der Unabhängigen Bürger sollten auch Schüler, Studenten und Azubis über 18 Jahre die Förderung erhalten, soweit noch Kindergeldanspruch besteht, wie es auch in anderen Gemeinden gängige Praxis ist. Jugendliche sind mit dem Erreichen der Volljährigkeit nur selten auch wirtschaftlich selbständig; Studiengebühren belasten Familien mehr als bisher. Dies wäre auch finanzierbar; schließlich wurden nicht alle Mittel abgerufen.

Die CSU/AFW-Mehrheit im Gemeinderat war dazu jedoch nicht bereit. Als Feigenblatt wurde ein Härtefallregelung eingeführt. Doch welche Kriterien gelten für eine Bedürftigkeit und wer soll diese jeweils prüfen?

Neue Sitten beim Gemeindeblatt

Wenn die Bayerische Hausbau der Schörghuber-Unternehmensgruppe mit ganzseitigen farbigen Anzeigen im CSU-Blatt „Höhenkirchen-Siegertsbrunn aktuell“ für ihr neues Wohngebiet „Gartenpark“ an der Altlaufstraße wirbt, mag das einen faden Beigeschmack verursachen. Denn die Firma hat die Umwandlung dieses ehemaligen Gewerbegebietes in Wohngebiet allein der absoluten Mehrheit der CSU/AFW-Fraktion zu verdanken! (Wir berichteten).

Was hat das mit dem Gemeindeblatt zu tun?

Die Grenzen des guten Geschmacks werden aber in Richtung Missbrauch überschritten, wenn im September-Gemeindeblatt in einem redaktionellen Beitrag die Gemeindeverwaltung über den „Baubeginn für ‚Gartenpark Höhenkirchen‘ der Bayerischen Hausbau“ berichtet, und den Artikel noch mit einem Werbetext dieser Firma ergänzt, das Ganze garniert vom Foto des fröhlichen Spatenstichs mit der Bürgermeisterin.

Deren Zufriedenheit „Ich freue mich, dass wir mit der Bayerischen Hausbau einen Bauträger gefunden haben, dessen Angebot zu unserer aktiven und familienfreundlichen Gemeinde passt“, ist eine reichlich unverfrorene Behauptung angesichts der jahrzehntelangen Bodenspekulation eben dieses Grundeigners. Der albernen Begründung aus CSU-Kreisen, heutzutage seien Gewerbeflächen nicht zu vermarkten, spricht das Aufblühen von Gewerbegebieten in unseren Nachbargemeinden Hohn.

CSU-Logik

„Wir wollen kein Gewerbegebiet in Wohngebietsnähe! Teilumwandlung eines Gewerbegebietes aus gutem Grunde...“

So titelte das CSU-Blatt „Höhenkirchen-Siegertsbrunn aktuell“ in der Ausgabe 3/07. Erreicht hat die CSU für das Baugebiet in der Altlaufstraße allerdings das genaue Gegenteil: das direkte Nebeneinander von Gewerbe und Wohnen - statt der früheren sauberen Anordnung Wohnen, Grünstreifen, Gewerbe.



Sonderbaulast Umgehungsstraße

Die Umgehungsstraße ist eine Staatsstraße. Ihren Bau muss deshalb der Freistaat Bayern vollständig finanzieren. Auf Initiative von Bgm. Mayer übernahm jedoch die Gemeinde 2004 selbst den Bau (bezuschusst durch den Freistaat): Die Straße sollte damit angeblich bis 2007 fertig sein. Beim Bau durch den Freistaat Bayern – hieß es – könne die Straße erst 2008 begonnen und 2010 abgeschlossen werden.

Wort gehalten?

Diese Übernahme der Sonderbaulast hat aber bisher nichts gebracht außer einem Brückenbau 2006. In den letzten Tagen rollten noch mal die Bagger an für ein weiteres Brückenbauwerk. Im Jahr 2009 soll die Straße fertig sein. Trotz Kostenübernahme durch die Gemeinde kommt sie also höchstens ein Jahr früher als beim Bau durch den Freistaat.

Kosten steigen

Während der Baubeginn sich immer mehr verzögerte, stiegen die Kosten für die Gemeinde. Hieß es 2004, die Straße koste die Gemeinde nur 1,75 Mio €, lag die Prognose 2006 schon bei 2,5-3 Mio €. Dabei wird es wohl nicht bleiben: Seit 2006 sind die Baupreise im Schnitt um 8 Prozent gestiegen.

Umgehungsstraße wäre auch ohne Sonderbaulast gekommen

Der Etat der Staatsregierung für den Neubau von Staatsstraßen wurde in den letzten Jahren laufend erhöht (2004: 41 Mio €, 2005: 61 Mio €, 2006: 66 Mio €).

Die Umgehungsstraße wäre auch ohne Sonderbaulast sicher gebaut worden, denn sie gehört seit Jahren im Straßenbauprogramm des Freistaats zu den Projekten mit höchster Dringlichkeit, zu verwirklichen bis 2010.

Fazit: Außer Spesen nix gewesen

Die Skepsis der Gemeinderäte der UB, die von Anfang an gegen die Sonderbaulast stimmten, hat sich bewahrheitet. Die von der Bürgermeisterin unbedingt gewollte Sonderbaulast hat der Gemeinde keinen Vorteil, sondern nur Kosten in Millionenhöhe, erheblichen Ärger und Mehrbelastung für die Verwaltung gebracht.



Erste und vorläufige einzige Brücke über die noch nicht vorhandene Umgehungsstraße

Geheimnisverrat oder Geschwätzigkeit ?

In den letzten Jahren sind immer wieder Entscheidungen aus nichtöffentlichen Beratungen des Gemeinderates an die Öffentlichkeit gebracht worden, ein Vorgang, der natürlich eine Verhandlungsposition der Gemeinde negativ beeinträchtigt.

Diesmal wurden persönliche Informationen über den ehemaligen Heimleiter des Seniorenzentrums an die Presse gegeben. Dieses Fehlverhalten wurde von Bgm. Mayer im Gemeindeblatt zu Recht angeprangert. Auch die 3. Bürgermeisterin Andrea Hanisch war sehr erobst und forderte prompt, künftig im Gemeinderat keine nichtöffentlichen Themen mehr zu beraten, sondern lediglich die Entscheidungen der Bgm. Mayer bekannt zugeben. Ein seltsames Demokratieverständnis!

Den Grünen, der SPD, den Unabhängigen Bürgern sowie einigen CSU Gemeinderäten ging der von Bgm. Mayer ausgesprochene Generalverdacht zu weit. Ihnen war es wichtig, die undichte Stelle zu finden. Sie erklärten sich bereit, eine eidesstattliche Erklärung zu diesem Geheimnisverrat abzugeben. Jetzt kam der sofortige Rückzieher der CSU-Fraktion und der Bürgermeisterin. Sie konnten für eine eidesstattliche Erklärung keine Notwendigkeit mehr sehen.

Damit ist klar, dass es hier nicht um Klärung der Vorgänge geht, sondern nur darum, den politischen Gegner durch einen Generalverdacht zu beschädigen.

Wo bleibt unser Büchergeld?

Zur Freude vieler Eltern wird das Büchergeld im nächsten Jahr abgeschafft und bereits dieses Schuljahr in den Höhenkirchner Schulen nicht mehr erhoben. Was passiert jedoch mit den in unserer Gemeinde für 2005 und 2006 eingesammelten Geldern?

Immerhin ist in diesen beiden Jahren ein Büchergeld-Überschuss von 10.866,- € entstanden (Einnahmen Büchergeld Sigoho-Marchwart- und Erich-Kästner-Schule 26.580,- €, Ausgaben für Lernmittel 15.714,- €).

Der Gesetzgeber hat über die Verwendung von Büchergeld klare Aussagen getroffen. Laut dem Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) Art. 21 (3) darf das Geld nur für die Beschaffung von Schulbüchern und schulbuchersetzenden digitalen Medien (z.B. Lernprogramme) verwendet werden, die für die Hand des Schülers bestimmt sind. Also sind weder Lehrmittel (Unterrichtsmittel für Lehrkräfte) noch die Beschaffung von Arbeits-

heften, die Erstellung von Fotokopien oder sonstige schulische Investitionen zulässig.

Mit Schreiben vom 30. August 2005 erließ das bayerische Innenministerium an die Kommunen genaue Richtlinien bezüglich der Verbuchung des Büchergelds und der Behandlung nicht verbrauchter Mittel. Es erfolgt die klare Anweisung, nicht verbrauchtes Büchergeld einer Sonderrücklage zuzuführen.

In den letzten Haushalten der Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn ist jedoch von einer Sonderrücklage (Haushaltsausgaberes) keine Spur vorhanden. Der Büchergeld-Überschuss verschwindet im Gemeindehaushalt und dient damit zur Finanzierung zweckfremder Ausgaben.

Fazit: Dieses Verhalten ist eindeutig gesetzwidrig. Auch nach Abschaffung des Büchergelds muß der verbliebene Überschuss für zukünftige Anschaffungen von Schulbüchern dienen.

Achtung Satire !!!

„Bürgermeisterin Ursula Mayer hat bereits jetzt mehr für unseren Ort erreicht als jeder Amtsinhaber zuvor“ (Zitat aus Höhenkirchen-Siegertsbrunn aktuell Nr. 3 Okt./Nov. 2007)

Von dieser Lichtgestalt des Kommunalwesens wurde unser Reporter empfangen. Er führte ein ungewöhnliches Interview mit U.M.. Zuerst traf sie ihre Aussagen. Erst danach konnte unser Reporter seine Fragen stellen! Allerdings wurde auf diese – wie bei Vollblutpolitikern meist üblich – nicht weiter eingegangen.

U.M.: Ich habe!...ich kann!...ich will!...ich bin!...ich werde!

Rep.: *Toll – könnten Sie diese überzeugenden Aussagen bitte noch etwas ergänzen?*

U.M.: Ich kann der Feststellung in „Höhenkirchen-Siegertsbrunn aktuell“, dem Mitteilungsblatt der CSU, nicht im geringsten widersprechen!

Rep.: *Frau Bürgermeisterin, Klasse – werden Sie die Chroniken von Höhenkirchen und Siegertsbrunn, in denen auch von tüchtigen Vorgängern die Rede ist, umschreiben lassen?*

U.M.: Ich kaufe den Bahnhof!

Rep.: *Genial – das ist der Beginn der Bahn-Privatisierung. Betreiben Sie dann auch den Kiosk?*

U.M.: Ich baue die Umgehungsstraße!

Rep.: *Tüchtig – um den vorgesehenen Fertigstellungstermin einhalten zu können, werden Sie bestimmt persönlich mit Hand anlegen müssen?*

U.M.: Ich beteilige mich freiwillig an den Kosten der Straße, die dem Staat gehört, das beschleunigt das Projekt ganz erheblich!

Rep.: *Pfiffig – mit läppischen drei Millionen erreicht man also schon, daß eine ansehnliche Brücke zeitgerecht in die Landschaft gestellt wird?*

U.M.: Ich bin stolz darauf, einen Bauträger für das neue Wohngebiet im Norden von Höhenkirchen-Siegertsbrunn gefunden zu haben!

Rep.: *Erstaunlich – ist das der, der schon seit zwei Jahrzehnten gegenüber der Gemeinde seine Interessen durchsetzen will ?*

U.M.: Ich gebe jedes Jahr 800.000 € für die Kindergärten aus.

Rep.: *Risikofreudig – haben Sie dann noch genügend Haushaltsgeld im Portmonee?*

U.M.: Ich habe Kultur aufs Land gebracht!

Rep.: *Verdienstvoll – aber wurde denn früher hier noch nicht gemalt, getöpft, musiziert, gedichtet und gebildhauert?*

U.M.: Ich fördere das Kunstverständnis unserer Bürger!

Rep.: *Grandios – werden die Leute nun endlich begreifen, daß mit K.I.A. nicht die berühmte Automarke sondern Ihr nicht minder bekanntes Kühe-Kunstwerk gemeint ist?*

U.M.: Ich habe den Initiativkreis Gymnasium gegründet.

Rep.: *Super – waren da die Gemeinderäte nicht wieder einmal so richtig überrascht?*

U.M.: Ich habe sogar schon einen Namen für das Gymnasium beschlossen.

Rep.: *Sehr gut – was nehmen Sie dem Ministerium und der Schulfamilie noch alles ab?*

U.M.: Ich bin, davon werden sie nach diesem Gespräch überzeugt sein, wirklich die größte Bürgermeisterin aller Höhenkirchen-Siegertsbrunner Zeiten!

Rep.: *Frau Bürgermeisterin - Jaaaaa !!!!! – Ich danke Ihnen, daß Sie mir Ihre epochemachenden Leistungen anvertraut haben.*

Haben Sie Interesse, sich kommunal-, aber nicht parteipolitisch zu engagieren? Oder möchten Sie sich einfach nur informieren?

Besuchen Sie uns im Internet unter www.ub-hksbr.de oder kommen Sie einfach zu einem der UB-Stammtische, die jeden letzten Montag im Monat um 20 Uhr in der „Alten Apotheke“, Bahnhofstraße, stattfinden! Die Ankündigung finden Sie in der Tagespresse ein paar Tage vorher.

Impressum: Herausgeber (V.i.S.d.P.): Unabhängige Bürger für ein lebenswertes Höhenkirchen-Siegertsbrunn,
1. Vorsitzender Ulrich Bug, Rieschbogen 64c, 85635 Höhenkirchen-Siegertsbrunn; Redaktion: Ulrich Bug, Franz Dielmann, Albert Reichold, Florian Sepp, Sigrid Zachary - Layout: MdotK - Martin Kaspar, Dachauerstr. 312, 80993 München, www.mdotk.com - Satz und Druck: Alfred Hintermaier, Nailastr.5, 81737 München; Auflage: 4500 Exemplare

